

## BP und die Politik

Sergio Aiolfi warnt in einem Kommentar davor, dass internationale Grosskonzerne wie BP zu leichtfertig in die «Klauen der Politik» geraten (NZZ 23. 6. 10). Seiner Mahnung, nicht unbedacht im Chor des allgemeinen «BP bashing» der Medien mitzusingen und daraus abgeleitet ungerechtfertigte Forderungen zu stellen, kann ich nur zustimmen. Doch der eigentlichen Frage, ob die Forderungen und damit die Einflussnahme der Politik ungerechtfertigt sind, weicht der Autor aus. Im Golf von Mexiko haben wir es mit einer Allmenden-Problematik zu tun, bei der sich die Nutzung der Erdölförderung negativ auf die Nutzung durch die Fischerei- und Tourismusbranche auswirkt.

Zweifellos ist das Erdölgeschäft risikobehaftet, weshalb sich, wie im Artikel dargestellt, BP seit Jahren erfolgreich darum bemüht, die Risiken möglichst tief zu halten. Der Konzern verfügt in dieser Lesart über einen «Leistungsausweis, der sich sehen lassen kann». Gemäss dieser Darstellung können wir davon ausgehen, dass BP in der Branche technologisch zur Spitze zählt. Es bliebe lediglich ein Restrisiko für die Umwelt, das jedoch in der Natur der Erdölförderung liegt. Tatsache ist demgegenüber, dass sich die Beschädigung der Natur durch den Auslauf von 500 Millionen Liter Erdöl kausal auf die Ertragsmöglichkeiten der Fischerei- und Tourismusbranche im Golf von Mexiko auswirkt. Aus dieser Perspektive wird nicht nur die Natur zerstört, sondern den von ihr abhängigen Wirtschaftszweigen die Ertrags- und Lebensgrundlage entzogen. Nicht aufgrund einer höheren Macht, sondern als direkte Folge des Restrisikos der Erdölförderung. Die daraus resultierende Frage, ob die Erdölförderung oder die Fischerei- sowie Tourismusbranche einen grösseren gesellschaftlichen Nettonutzen stiften, ist mehr als nur legitim.

Dies ist jedoch nicht als «das Öffnen der Büchse der Pandora» zu verstehen, wie Aiolfi es darstellt, sondern als das gesellschaftliche Abwägen von Aufwand und Ertrag unter Berücksichtigung der externen Kosten systembedingter Restrisiken. Und das ist sehr wohl eine Frage, auf welche die Politik eine Antwort finden muss - umso mehr, als es viele Multis gibt, die diese Restrisiken nicht abzudecken vermögen. Und genau davor warnt der Autor am Ende seiner Darstellung und hebt damit seine eigene Argumentation aus den Angeln: dass Erdölmultis Kosten tragen müssten, die sie nicht tragen können.

*Michael Zeugin, Winterthur Fraktionspräsident Grünliberale*